Nummer 528

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 80 Milliarden Mk. 69. Jahrgang Sonntag, 18. November 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Sunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst Wissenschaft und Lokales: L. Köppen. Für Inseratenteil: G. Rongowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,80 Goldmark (also heute 480 Milliarden Papiermark), Stellungsuchende 0,35 Goldmark (also heute 210 Milliarden Papiermark), Reklamezeile 4 Goldmark (also heute 2400 Milliarden Papiermark.) Bezugs-Preis: Monatlich 6,30 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 50 französische Francs, Belgien 50 belgische Francs, Schweiz 20 schweizerische Francs, Holland 10 holländische Gulden, Dänemark 20 dänische Kronen, Schweden 15 schwedische Kronen, Norwegen 20 norwegische Kronen, England 20 Schilling, Italien 100 Lire, Rumänien 600 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Pesetas; Finnland 200 finnische Mark, Tschechoslowakei 125 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar, für den Monat November 1923 nach Oesterreich, Ungarn und Polen 5 Billionen Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Poincaré zum Kriege bereit.

Entscheidender Kabinettsrat am Montag.

Paris, 17. November.

Auf einem Bankett des Republikanischen Komitees für Handel, Industrie und Landwirtschaft, des Bureau Mascurand, das bei allen Kammerwahlen eine große Rolle spielt, hielt heute abend Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er u. a. sagte, die letzten Ereignisse könnten Frankreich nicht zur Schwäche gegenüber Deutschland veranlassen oder etwa die Ruhrbesetzung bedauern lassen. Frankreich sei in der Lage, den Frieden zu verteidigen und seinen Sieg zu retten. Die Stunde der Konzessionen sei vorüber. Freiwillig oder gezwungen müsse der Vertrag ausgeführt werden.

eca Paris, 17. November.

Die Minister und Unterstaatssekretäre traten heute morgen zu einem Kabinettsrat, unter dem Vorsitz Poincarés, zusammen. Der Ministerpräsident setzte seine Kollegen über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten in Kenntnis.

eca Paris, 17. November.

Für Montag nachmittag ist ein außerordentlicher französischer Kabinettsrat anberaumt, der unter dem Vorsitz Millerands stattfinden wird. Man sieht in dieser Tatsache ein Zeichen dafür, daß man in französischen Regierungskreisen nicht mehr an eine Einigung mit England glaubt und eine Gelegenheit dafür schaffen will, über die neuen Beschlüsse der französischen Regierung zu verhandeln.

Paris, 17. November.

Die Botschafterkonferenz wird am Montag vormittag eine Sitzung abhalten, um eine Entscheidung in der Angelegenheit der Rückkehr des Exkronprinzen und die Wiederaufnahme der Militärkontrolle zu treffen. Am Nachmittag des gleichen Tages wird der Militärrat im Elysee zusammentreten, um die Vorschläge der Botschafterkonferenz zu prüfen.

TU London, 17. November.

Wie aus gutunterrichteten Kreisen verlautet, hat die französische Regierung an die englische offiziell die Anfrage gerichtet, ob sie sich an neuen Strafmaßnahmen gegen Deutschland beteiligen würde. Wenn eine negative Antwort erfolge, werde Frankreich seinen eigenen Weg gehen.

*

„Frankreich in der Lage, den Frieden zu verteidigen und den Sieg zu retten." Diese Worte Poincarés sind nicht anders als die Drohung, seinen Weg auch mit Waffengewalt nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen England und Italien fortzusetzen. Jeder Tag weiterer Ministerpräsidentschaft Poincarés beschleunigt somit die jetzt offen von ihm proklamierte Kriegsgefahr. Seine schroffe Erwiderung auf Baldwins und Mussolinis Mahnungen machen eine Verständigung zwischen Frankreich, solange er es leitet, und England und Italien unmöglich.

Der französische Kabinettsrat am Montag wird wohl die Entscheidung über Poincarés Herrschaft bringen und damit auch bald über Krieg und Frieden in Europa und der ganzen Welt.

Von der Größe und Schärfe der Spannung in Paris zeugt es, daß die Poincaré-Presse seit mehr als einer Woche über die englische und italienische Politik fast völlig schweigt und zu den letzten Reden Baldwins und Mussolinis auch noch nicht eine französische Pressestimme vorliegt.

Dr. O.

Englands Weigerung.

London, 17. November.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß auf Ersuchen der britischen Regierung die Zusammenkunft der Botschafterkonferenz, die für heute vereinbart worden war, auf Montag verschoben worden ist, in der Hoffnung, daß infolge des Meinungsaustausches, der zwischen den alliierten Hauptstädten stattfindet, eine gemeinsame Formel mit Bezug auf den vormaligen Kronprinzen und die Frage der Militärkontrolle erzielt wird. Man ist der Ansicht, daß in Fällen wie den augenblicklichen, eine Verzögerung eine gemäßigtere Stimmung zustande bringen und dadurch überstürzte Aktionen verhindern kann. In gut unterrichteten Kreisen werde erklärt, daß die britische Regierung vollkommen bereit sei, bei Deutschland mit Bezug auf die Rückkehr des vormaligen Kronprinzen und die Frage der Wiederaufnahme der alliierten Militärkontrolle zu protestieren. **Großbritannien sei jedoch nicht bereit, einer Protestnote Klauseln anzufügen, die weitere Sanktionen für den Fall androhen, daß Deutschland nicht sofortige Genugtuung gewährt. Die Ansicht in London sei, daß eine Militärkontrolle nur allmählich wieder aufgenommen werden dürfe. Es seien zugegebenerweise zahlreiche Teile Deutschlands vorhanden, wo es eine Herausforderung zu einer Katastrophe bedeuten würde, wenn alliierte Offiziere auf eine Inspektionsreise gesandt würden.**

Der Ruf nach Aktivität!

Von

Dr. rer. pol. Hellmuth Scheel, Syndikus, Berlin.*)

Es war im Frühjahr d. J., als aus den Parteien des Reichstags heraus und nicht zum wenigsten von dem damaligen Führer der Deutschen Volkspartei und jetzigen Reichskanzler Dr. Stresemann der Ruf nach politischer Aktivität den Kabinett Cuno entgegenschlug. Etwa vier Monate tobte schon damals der stumme passive Widerstand eines vergewaltigten deutschen Volksstammes, ohne daß sich außenpolitisch Lichtblicke öffneten, die darauf hindeuteten, daß dieser in seiner Art einzig dastehende Kampf zu einem Erfolg für die Heimat führen könnte, während nach dazu im Innern Wirtschaft und Währung zusammenzubrechen drohten. Damals war der jetzige Reichskanzler Vorsitzender des parlamentarischen auswärtigen Ausschusses. Es ist doch von nicht zu unterschätzender Bedeutung hinsichtlich des Abbruchs des passiven Widerstandes, welche Tätigkeit der parlamentarische auswärtige Ausschuß damals unter der Leitung seines Vorsitzenden Dr. Stresemann entfaltet hat. Diese Frage ist ganz unabhängig von den Ursachen des Zusammenbruchs, der ja erfolgen mußte, weil der damalige Reichskanzler Dr. Cuno nicht die genügende Energie und staatsmännische Initiative zu Finanz- und Wirtschaftsreformen besaß, und er selbst einen Finanzminister von einer wie gekannten Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit in seinem Kabinett hatte. Wenn Dr. Stresemann kurz nach seinem Regierungsantritt den passiven Widerstand aufgab, so hatte man doch allgemein aus seiner politischen Handlungsweise angenommen, daß er bereits Konzessionen seitens Frankreichs einfach aus finanziellen Gründen aufgegeben wurde, so muß man doch zu dem Schluß kommen, daß Dr. Stresemann einmal in der Beurteilung der französischen Politik sich völlig geirrt hat, ein andermal die Voraussetzungen eines solchen passiven Kampfes als Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses nicht übersehen hat. Seine erste staatsmännische Handlung als Reichskanzler war von negativem Ergebnis, besonders wenn man nach die Wirkungen des Abbruchs in Betracht zieht (2,4 Millionen Arbeitslose im Ruhrgebiet, die noch aus Staatsmitteln unterstützt werden!). Dieser Mißerfolg, begleitet von innerpolitischer Passivität, brachte den Sturz des Kabinetts der großen Koalition. Man muß sich wundern, daß eine von der überwiegenden Mehrheit des Parlaments getragene Regierung so leicht und schnell fallen konnte, von der der Reichskanzler bei seinem Regierungsantritt selbst sagte, „das Ausland möge nicht glauben, daß dieser Kabinettswechsel ein Zeichen der Schwäche sei."

Es ist anzuerkennen, daß der Reichskanzler damals in seiner Reichstagsrede richtig sagte, die beste Außenpolitik sei eine starke Innenpolitik. Diese Erkenntnis entsprach durchaus der gewordenen politischen Konstellation. Das erste Koalitionskabinett brach infolge verfehlter Außen- und Innenpolitik zusammen. Die Ereignisse schlugen die Worte des Reichskanzlers. Bei der Aufersteh ung des zweiten Kabinetts der großen Koalition unterließ es der Reichskanzler, ein straffes, umfassendes, innerpolitisches Programm aufzustellen, das aus der Notlage des Volkes geboren werden mußte. Es ist zu verstehen, daß die bunscheckige Zusammensetzung des Kabinetts mit der Zusammenwürfelung sich durchkreuzender Tendenzen die Aufstellung eines einheitlichen organischen Staatsprogramms nicht ermöglichte. Das ist aber der beste Beweis

*) Auch diesen Artikel geben wir im Rahmen der allgemeinen, in diesen Spalten eröffneten politischen Diskussion wieder. D. Red.

Der Auftakt zur Reichstagsentscheidung.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt gestern nachmittag eine mehrstündige Sitzung ab, die sich im wesentlichen mit der Vorbereitung der heute in Berlin stattfindenden Zentralvorstandssitzung der Partei beschäftigte. Bei dieser Gelegenheit wurde die gesamtpolitische Lage eingehend durchgesprochen, ohne daß jedoch Beschlüsse gefaßt wurden.

Einen weiteren Auftakt zu der Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei bildet der gestrige Leitartikel der „Zeit", der sich warm für die Politik Stresemanns einsetzt und offensichtlich an die Opposition gerichtet ist, die dem Kanzler innerhalb der eigenen Reichstagsfraktion gegenübersteht. Das Blatt sagt:

„Seitdem die Herrlichkeit des Herrn v. Kahr moralisch und materiell in dem Hitlerputsch völlig zusammengebrochen ist, liegt auch der Gedanke der Rechtsdiktatur in Scherben am Boden. Die ganze Zerrissenheit und innere Ziellosigkeit dieser Kreise um Kahr und Hitler ist so deutlich offenbar geworden, daß der Gedanke an eine Reichsgewalt dieser Kreise nicht lächerlich, sondern geradezu schreckhaft ist. Denn was wäre unser Schicksal, wenn es in solche Hände gelegt würde? So ist denn auch das Kabinett Dr. Stresemann aus den inneren Irrungen und Wirrungen der letzten Wochen innerlich gefestigter hervorgegangen. Trotzdem hat es um seine parlamentarische Existenz zu kämpfen. Die Stellung der Rechten ist in diesem Kampfe namentlich nach den Münchener Ereignissen sehr schwach geworden. Die Deutschnationalen bauen aber darauf — und jetzt mehr als je — daß in der Reichstagsfraktion des Reichskanzlers eine zahlenmäßig geringe, aber zielbewußt vorgehende Opposition am Werke ist, die ein unbedingtes Zusammengehen mit den Deutschnationalen verlangt, was unter den gegebenen Verhältnissen nur heißen kann: Bekenntnis zu einer unmöglichen Rechtsdiktatur unter Aufopferung des eigenen Führers. Das Vorgehen dieser Gruppe ergibt deshalb ein ganz falsches Bild, weil es sich auf sichtbarer Tribüne abspielt und, so weit dies nicht der Fall ist, in der deutschnationalen Presse in volles Licht gesetzt wird. Die Stimmung des Landes und der Gesamtpartei ist demgegenüber bisher nicht richtig zur Geltung gekommen. Wir haben bei einer früheren Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die wenigen parlamentarischen Vertreter, die innerhalb der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegen das Kabinett Stresemann wirken, lediglich Einzelerscheinungen sind, die mit der Auffassung der Gesamtpartei in schärfstem Widerspruch stehen. Der Zentralvorstand der Partei ist in dieser Sache berufener Richter. Er wird — dessen sind wir sicher — seine Pflicht tun und zwar nicht nur zum Besten der Partei, deren Organ er ist — darauf kommt es heute nicht an —, sondern in erster Linie zum Besten unserer ruhigen Entwicklung, die mit der Aufrechterhaltung des Kabinetts Dr. Stresemann unlösbar verknüpft ist."

Es herrscht der Eindruck vor, daß die Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei eine grundsätzliche und entscheidende Klärung in dem Verhältnis zwischen der Opposition und dem Teile der Fraktion erfolgen wird, der auf dem Standpunkte des „Zeit"-Aufsatzes steht. Das „B. T." sieht die Aufgabe der Sitzung in der Abstoßung der Opposition:

„Der Verlauf der Dinge dürfte der sein, daß der Zentralvorstand, der satzungsgemäß den Ausschluß einzelner Mitglieder ja nicht beschließen kann, eine Resolution annimmt, in der er erklärt, daß er das Verhalten der kleinen Gruppe Mißvergnügter mißbilligt und den Betreffenden nahelegt, möglichst bald ihr Mandat niederzulegen. Es handelt sich dabei, wie hier bereits gesagt worden ist, um die Herren Dr. Quaatz und Dr. Mercksy, zu denen seit seiner nicht gerade glücklichen Exkursion nach Sachsen leider auch der bisher vernünftigeren Gedankengängen zugängliche Dr. Heinze gekommen ist. Die Tage dieser Herren dürften innerhalb der Partei gezählt sein, denn es ist vorauszusehen, daß mit dem für morgen zu erwartenden Beschluß des Zentralvorstandes gegebenenfalls auch der Parteivorstand beschäftigt werden wird, wenn die genannten Persönlichkeiten die nötigen Folgerungen nicht von selbst ziehen sollten."

Wie viel an diesen Andeutungen von dem Plan einer Abstoßung des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei wahr ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Im allgemeinen politischen Interesse wäre zu wünschen, daß die Deutsche Volkspartei als Partei des Kanzlers durch die Aussprache

(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Schlußkurs der Mark in New-York
25 cts. für 1 Billion Mark.
Hiesige Parität
4 Billionen.

Korge

Spezial-Sportkaufhaus Arthur Korge

BERLIN SW. 10548, Wilhelmstraße 107, Ecke Anhaltstraße, Nähe Anhalter Bahnhof. ∴ Zentrum 935.

Sportpelze. entzückende Damen-Pelzjacken. Ledermäntel. Lederjacken, fescheste Modelle. Fahr- und Reisemäntel, das Neueste und Eleganteste!

Hochelegante Anzüge u. Wintermäntel, wirklicher Ersatz für Maßarbeit! Bekleidung und Geräte für jeden Sport! Spezialität: Wintersportartikel! Lederhüte! Neueste Modelle!

Regenmäntel! * Windjacken! Chauffeurlivreen, Autokappen Brillen, Handschuhe, Autopelzdecken, Fußsäcke Motorradkombinationen. Spezialität: Autobrücken und Picknick-Koffer.

Groß sortierte Wäscheabteilung! Koffer- und Reiseeffekten! Riesenauswahl! Solide Preise! Schuhwaren! Spez.: Sport-, Jagd- u. Wanderstiefel! Elegantes Straßenschuhwerk!

Sämtliche Artikel sind auch erhältlich zu Originalpreisen in unserer Verkaufsstelle bei den Dürkoppwerken, Berlin NW. 7, Unter den Linden 48/49.

Korge